

## FINANZPLATZ-KONFERENZ AM ERSTEN SCHWEIZER SOZIALFORUM

21./22. SEPTEMBER 2003 IN FREIBURG

### Referat von Werner Vontobel, Chef Wirtschaftsredaktion SonntagsBlick

Die Schweizer BIP pro Kopf ist seit 1990 bis 2003 um nicht einmal 1 Prozent gewachsen. Wohlverstanden, nicht pro Jahr, sondern insgesamt. Das jährliche Wachstum liegt bei weniger als 0.1 Prozent jährlich, also etwa bei 0. Gleichzeitig ist die Zahl der Vollzeitstellen um fast 200'000 zurückgegangen, obwohl netto gut 200'000 zusätzliche Arbeitskräfte auf den Markt bzw. ins arbeitsfähige Alter gekommen sind. Noch nicht einmal das nototrische Krisenland Japan hat so schlecht abgeschnitten.

Was hat nun diese miserable Leistung mit dem Finanzsektor bzw. mit unseren Finanzinstitutionen zu tun? Sehr viel!

Zunächst einmal fällt auf, dass sich der Finanzsektor (also Banken und Versicherungen) in dieser Zeit enorm ausgebreitet hat. Sein Anteil am BIP ist zwischen 1990 und 2000 von 9,7 auf 15,1 Prozent gewachsen. Rechnet man die Vorleistungen (z.b. ausgelagerte EDV, Drucksachen, externe Berater usw.) mit, so steigt der Anteil sogar von 13.7 auf 21.8 Prozent.

Diese Entwicklung lässt sich auf zwei Arten interpretieren:

1. Ohne die Wertschöpfung der Banken und Versicherungen wäre die Schweizer Wirtschaft noch langsamer gewachsen.
2. Wegen der Wert**abs**chöpfung der Banken haben die nicht in der Finanzindustrie Beschäftigten deutliche Einkommenseinbussen erlitten. Klammert man die Beschäftigten der Finanzindustrie aus, so ist das BIP-pro Kopf seit 1990 um rund 5 Prozent gesunken.

Beide Auslegungen sind richtig, aber es stellt sich die Frage nach dem Huhn und dem Ei. Hat sich - These 1 - die Finanzindustrie ausgedehnt, weil die übrige Wirtschaft geschrumpft ist? Oder ist - These 2 - die Wirtschaft insgesamt geschrumpft, weil sich die Finanzindustrie so breit gemacht hat?

These 2 ist weit wahrscheinlicher: Die Schweiz hatte in den neunziger Jahren ein Nachfrageproblem. Die üblichen «strukturellen» Probleme, wie unflexibler Arbeitsmarkt oder überschuldete Banken, die für die schwachen Wachstumsraten in Deutschland und Japan verantwortliche gemacht werden, treffen für die Schweiz nicht zu. Dass der Schweizer Produktionsapparat intakt ist, zeigt auch der Anstieg der Stundenproduktivität um 1,25 Prozent (jährlich!) in den Jahren 1990 bis 2001. Bei unveränderter Arbeitszeit pro Kopf hätte der reale Konsum somit um rund 15 Prozent steigen können. In Wirklichkeit ist bloss um knapp 5 Prozent gestiegen. (Der Konsum ist etwas schneller gewachsen als das BIP). Einen Teil dieser Differenz haben wir exportiert. Der grössere Teil hat sich in einem (weitgehend unfreilligen) Rückgang der Beschäftigung ausgewirkt.

Oder anders ausgedrückt: Die Schweizer produzieren mehr Güter und Dienstleistungen als sie nachfragen. Doch wer genau sind «die Schweizer»? Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die seit 1990 nachgeführt wird, gibt darauf eine klare Antwort:

Es sind die Banken: Die Banken haben anno 2000 einen Nettofinanzierungsüberschuss (Einnahmen abzüglich sämtlicher Ausgaben inkl. Löhne und Investitionen) von 29,6 Milliarden Franken erzielt und dies bei einem Umsatz von 71 Milliarden. Das heisst, sie haben netto mehr gespart als sämtliche privaten Haushalte, die ja etwas für das Alter auf die Seite legen müssen. Die übrigen Unternehmen haben rund 10 Milliarden mehr ausgegeben als sie eingenommen haben. Auch das ist normal: Sie investieren und greifen dabei auf die Ersparnisse der Haushalte zurück.

Die 29 Milliarden Franken Finanzierungsüberschuss der Banken sind jedoch absolut nicht normal - auch nicht nach deren eigenen, leicht verschobenen Masstäben- 1990 als die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gestartet wurde, war der Überschuss der Banken noch dreimal tiefer - 9.3 Milliarden Franken. Ein weiterer Vergleich: Die Versicherungen hatten 2000 einen Überschuss von 980 Mio. Franken erzielt.

Die Banken haben aber der Wirtschaft noch auf andere, indirekte Weise Kaufkraft entzogen:

- Durch die Umverteilung: Wie man weiss, haben die Banken ihren Topkadern enorme

Saläre bezahlt. Sie haben damit den allgemeinen Trend zu einer Konzentration der Einkommen eingeleitet, oder zumindest verschärft. Damit fällt mehr Einkommen bei den Leuten an, die ohnehin schon genug gekauft haben. Eine Studie des Seco zeigt dies deutlich: Danach haben die 10 Prozent ärmsten Haushalte 1998 im Schnitt 1900 Franken mehr eingenommen als 1990, aber 3500 Franken mehr ausgegeben. Die reichsten 10 Prozent hingegen haben im Schnitt 20'600 Franken mehr eingenommen, aber nur etwa einen Fünftel davon (4500 Franken) mehr ausgegeben.

- Durch die Verteuerung und Verknappung der Kredite. Seit 1991 sind die Bankenkredite an die Unternehmen rückläufig. Die Hypokredite an die Haushalte haben zwar noch zugenommen, aber ein guter Teil der zusätzlichen Belehnung diente dem Kauf von Aktien und nicht dem Bau neuer Häuser. Von 1990 bis 1996 sind die Investitionen von 90 auf 74 Milliarden Franken zurück gegangen. Daran war wohl nicht allein die Kreditpolitik der Banken schuld, aber sie hat zweifellos mitgeholfen.
- Durch die Vorgaukelung von Illusionen. Durch buchhaltungstricks und durch die künstliche Aufblähung von Aktienkursen hat der Finanzsektor die Illusion geweckt, dass 15 Prozent Eigenkapitalrendite eine Art Existenzminimum darstellen. Als Folge davon wurde Geld nur noch entweder in reine Finanzvehikel investiert, oder aber in «Neue Technologien», die niemand verstand und die man deshalb als ungeheuer rentabel darstellen konnte. Investitionen in einfache Güter und Dienstleistungen mit normaler Rendite.

Ausgelöst wurde dieser Trend nicht zuletzt durch die fast weltweite Einführung von kapitalbasierten Rentensystemen. Nach einer Studie von Goldman Sachs hatten die Pensionskassen allein zwischen 1995 und 1999 weltweit von 11'000 auf 17'900 Milliarden Dollar gesteigert und bis 2010 sollte ein Pegelstand von 45'000 Milliarden erreicht werden, wovon rund die Hälfte in Aktien.

Die Idee, die Altersvorsorge über den Kapitalbestand zu finanzieren, ist grundsätzlich falsch, weil es keinen natürlichen Zusammenhang gibt zwischen dem für die Produktion des BIP notwendigen Kapitalstock und den kapitalisierten Ansprüchen der Rentner. Im

Gegenteil: Wegen der höheren Lebenserwartung und dem Ausbau der Leistungen nehmen die kapitalisierten Ansprüche der Rentner laufend zu. Doch wegen der steigenden Produktivität der Investitionsgüterindustrie und wegem dem Umbau zur Dienstleistungsgesellschaft braucht es immer weniger Produktionskapital. Als Illustration: 1990 hat die Schweiz mit 90 Milliarden Investitionen ein BIP von 317 Mrd. produziert. 2001 brauchten wir 81 Milliarden Investitionen für ein BIP von 415 Milliarden.

Die Folgen sind verheerend: Die Schweiz - und nicht nur sie - spart zuviel und betreibt mit den überschüssigen Milliarden ein Kapitalmarktkasino, dass sich zwar von der realen Wirtschaft losgelöst hat, diese jedoch gerade deshalb negativ beeinflusst.

Insbesondere hat der Kasinokapitalismus den Zins-Regulator ausgeschaltet. Gemäss dem Lehrbuch führen zu hohen Ersparnisse so lange zu tieferen Zinsen, bis die Ersparnisse wieder den Investitionen entsprechen. (Je tiefer der Zins, desto weniger wird gespart und desto mehr wird (auf Kredit) investiert.

Auf den Kapitalmärkten des Casinokapitalismus werden Angebot und Nachfrage nicht mehr durch die laufenden Ersparnisse und die laufenden Investitionen bestimmt. Dieser Markt (Bankenkredite, Obligationen, Emission von neuen Aktien) hat global eine Grössenordnung von rund 3 000 Milliarden Dollar. Viel wichtiger sind die Bewegungen in den Beständen von handelbaren Wertschriften im Wert von rund 50'000 Milliarden Dollar. Nur so lässt es sich erklären, dass die Schweiz in den neunziger Jahren einen enormen Sparüberschuss hatte und die Zinsen (Realzinsen) dennoch gestiegen sind.

Dieses senkundschnelle globale Geschacher und Geschiebe auf dem Occasionsmarkt der 50'000 Milliarden Schuld- und Besitztitel absorbiert zudem immer mehr ehemals produktive Energien. Die brillianten jungen Leute, die einst als Ingenieure und Architekten Brücken und Staudämme gebaut und neue Reichtümer geschaffen hatten werden heute (wurden gestern?) Finanzingenieure und verwalten die bereits gemachten Vermögen. Kein Wunder: An jedem normalen Arbeitstag werden durch die laufenden Neubewertungen im Bestand etwa 5 - bis 10 mal soviel Einkommen geschaffen und vernichtet, wie durch produktive Arbeit. Bedenkt man ferner, dass rund

20 mal weniger Leute schieben statt schaffen, so erkennt man, dass die Verdienstaussichten für das Personal des Casinokapitals rund 100 mal grösser sind als die der produktiven Arbeiter.

Bleibt die Frage: Wie dreht man das Rad zurück? Dazu ein paar Tipps:

Politische Ebene:

Steueranreize für das Sparen möglichst weitgehend ausschalten.

Keine Steuerabzüge für Beiträge für die 3. Säule und für die 2. Säule, soweit sie das BVG-Minimum überschreiten.

Warum gibt es auf Finanzdienstleistungen keine Mehrwertsteuer? Das ist nicht logisch.

Die Anlagevorschriften für das BVG müssen so geändert werden, dass auch Kredite und Eigenkapital für KMUs finanziert werden können.

Gewerkschaftliche Ebene:

Hohe Lohnforderungen insbesondere für das untere Ende der Lohnskala sorgen dafür, dass weniger Geld dort anfällt, wo es schnurstracks in den Casinokapitalismus fließt.

Gewerkschaften sollten mithelfen, die Arbeitnehmerinteressen bei der Anlage der Pensionskassengelder zu organisieren.